Dossier Arbeit : flexible neue Arbeitswelt : "eine Zweiklassengesellschaft ist nicht im Interesse der Wirtschaft"

Autor(en): **Krill, Marie-Jeanne / Vonmont, Anita / Flückiger, Yves**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): **- (2003)**

Heft 57

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-551451

Nutzungsbedingungen

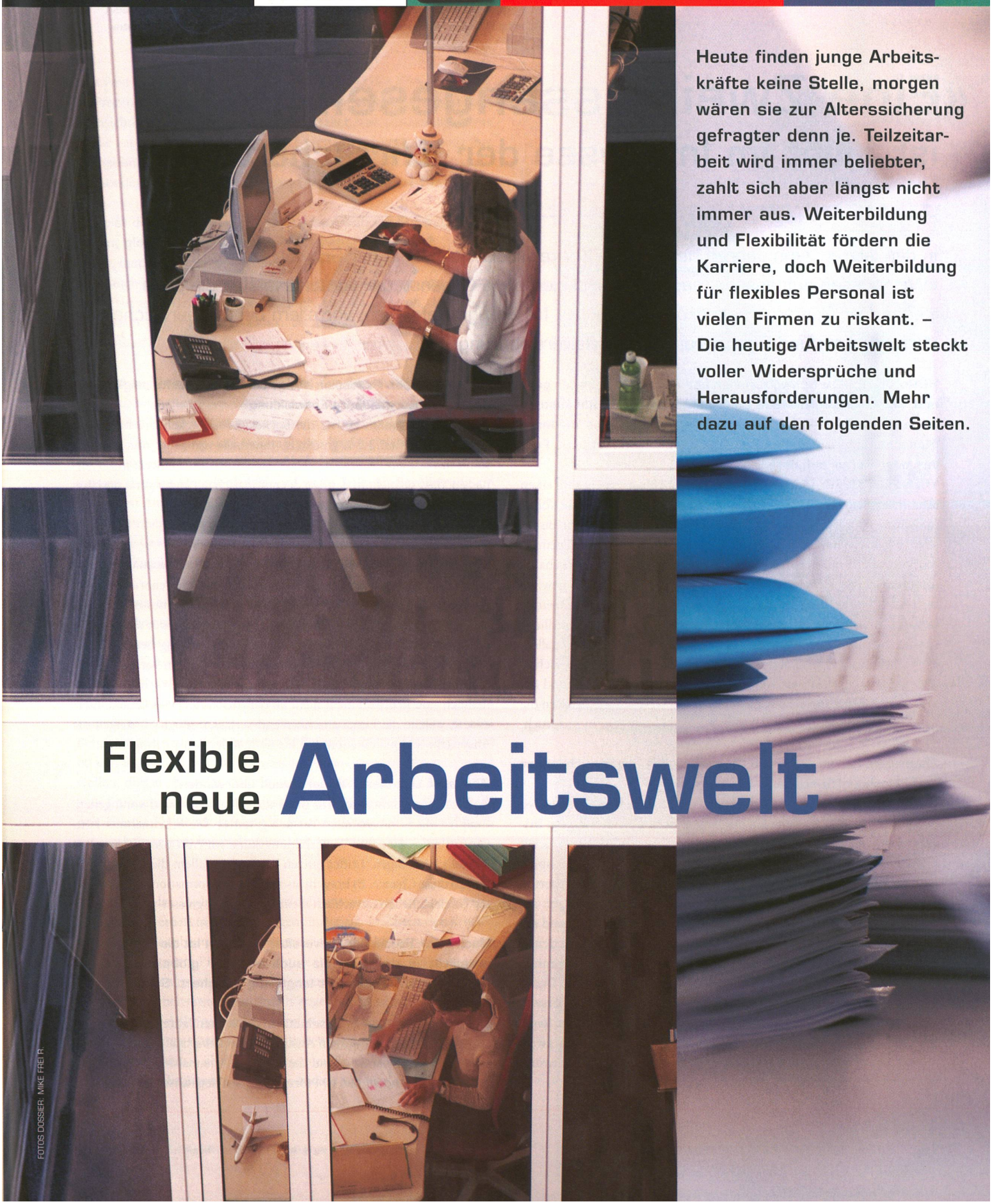
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



Flexible neue Arbeitswelt

Heute finden junge Arbeitskräfte keine Stelle, morgen wären sie zur Alterssicherung gefragter denn je. Teilzeitarbeit wird immer beliebter, zahlt sich aber längst nicht immer aus. Weiterbildung und Flexibilität fördern die Karriere, doch Weiterbildung für flexibles Personal ist vielen Firmen zu riskant. – Die heutige Arbeitswelt steckt voller Widersprüche und Herausforderungen. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

FOTOS DOSSIER: MIKE FREIER

«Eine Zweiklassengesellschaft ist nicht im Interesse der Wirtschaft »

VON MARIE-JEANNE KRILL UND ANITA VONMONT

In den letzten zehn Jahren hat sich die Sockelarbeitslosigkeit in der Schweiz verdoppelt. «Wir müssen aufpassen», sagt Yves Flückiger, ohne Gegensteuer verschärfe sich die Lage weiter. Der Genfer Arbeitsökonome plädiert für baldige Reformen, vor allem bei der beruflichen Weiterbildung und Finanzierung der Sozialversicherungen.

HORIZONTE: «Die Schweizerinnen und Schweizer arbeiten gern und viel.»* Diese Aussage trifft heute noch fast genauso zu wie vor 20 Jahren. Ist es also ein Märchen, dass moderne Menschen sich zunehmend auch über andere Werte wie Freizeit oder Kultur definieren?

YVES FLÜCKIGER: Die Arbeit geniesst in der Schweiz weiterhin einen sehr hohen Stellenwert. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass Volksinitiativen über die Aufteilung oder Reduktion der Arbeitszeit bisher stets verworfen wurden. Ein politisch-gesellschaftlicher Wille, allgemein weniger zu arbeiten, lässt sich ausser in einigen wenigen Wirtschaftssektoren in unserem Land nicht ausmachen. Doch gibt es gewisse regionale Unterschiede. In der Deutschschweiz hat die Arbeit einen höheren Stellenwert als in der Westschweiz, wie die unterschiedliche Einstellung zum Bezug von Arbeitslosengeldern vor Augen führt. Vor allem die berufstätigen Frauen in der Deutschschweiz tendieren dazu, sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen und auf Versicherungsleistungen zu verzichten. In der Westschweiz nehmen die Leute bei Verlust der Arbeitsstelle ihre sozialen Rechte eher in Anspruch.

Beunruhigt Sie die steigende Arbeitslosigkeit, die ja auch immer mehr Hochqualifizierte und Junge trifft?

Diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge. Vor allem im Bankensektor, wo heute viele Hochqualifizierte auf der Strasse stehen, ist sie auffällig. Insgesamt sind allerdings nach wie vor die schlecht qualifizierten Arbeitskräfte am häufigsten und am längsten stellenlos. Auch das Alter spielt eine wichtige Rolle. So haben etwa bei den sehr gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und -nehmern die über 45- oder 50-jährigen am meisten Probleme, eine neue Stelle zu finden. Die jungen Leute sind die Ersten, die einen Konjunktureinbruch und den damit verbundenen Stellenschwund zu spüren bekommen. Daher liegt die Arbeitslosenrate der Jugendlichen zurzeit höher als die der Gesamtbevölkerung. Dieser Unterschied ist in der Schweiz aber immer noch geringer als anderswo. Auch sind junge Leute weniger lang arbeitslos als ältere. In der Regel schaffen sie den Einstieg in den Arbeitsmarkt innerhalb von zwölf Monaten nach dem Ausbildungsabschluss. Und bei einem Aufschwung profitieren die Jungen als Erste von neu geschaffenen Stellen.

Bei jeder neuen Rezession steigt die Sockelarbeitslosigkeit. Ist das eine unvermeidbare Entwicklung?

Vor den 90er Jahren betrug die Sockelarbeitslosigkeit 1,2 bis 1,3 %. Heute wird sie auf 2,2 % geschätzt. Innerhalb von zehn Jahren hat sie somit um fast ein Prozent zugelegt. Das ist viel. Die Schweiz muss aufpassen, dass sie nicht in den Sog der europäischen Länder gerät und ihre Sockelarbeitslosigkeit nach jeder Rezession erhöht.

Was für Gegenmassnahmen schlagen Sie vor?

1996 führte die Schweiz aktive arbeitsmarktliche Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Diese seither noch weiter entwickelte Initiative basiert auf dem Prinzip, dass Arbeitslose nicht nur entschädigt, sondern auch befähigt werden sollten. Ich denke dabei vor allem an die Weiterbildung, eine Massnahme, die von der Wirkung her möglichst frühzeitig zum Tragen kommen sollte – eigentlich schon vor einem Stellenverlust. Allerdings gibt es da einen gewissen Widerspruch: Die Unternehmen sind heute oft nicht mehr an der Ausbildung von Leuten interessiert, welche die Firma anschliessend verlassen. Zugleich steigen die Ansprüche an Qualifikation und Flexibilität der Arbeitnehmenden.

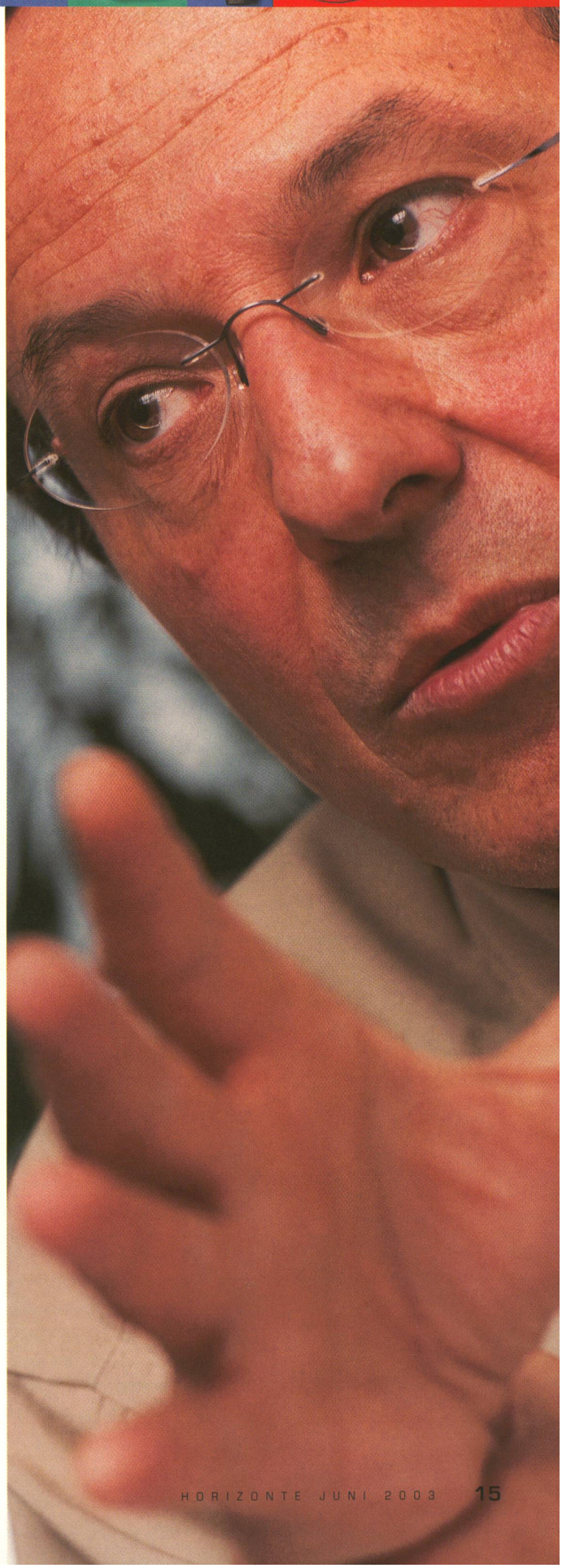
Wie lässt sich dieser Widerspruch überwinden?

Da die Unternehmen zögern, muss die öffentliche Hand vorangehen. Genf hat einen interessanten Versuch gestartet: Die Arbeitnehmer können kostenlos Aus- und Weiterbildungskurse im Wert von 750 Franken pro Jahr beantragen. Leider nutzen bis jetzt vor allem die Hochqualifizierten diese Chance. Es braucht also noch viel Informationsarbeit, damit die Ungleichheiten tatsächlich kleiner und nicht grösser werden.

Nach einer Studie der Universität St.Gallen ist die Arbeitsplatzstabilität in der Schweiz auch in einer globalisierten und flexibilisierten Arbeitswelt langfristig gesichert. Sehen Sie dies auch so?

Was ich sehe, ist, dass die Flexibilität in den letzten Jahren zugenommen hat. Wir hatten einen starken Anstieg der Teilzeitarbeit, ebenso bei den Selbständigerwerbenden. Und die Rate der Personalwechsel ist in der Schweiz relativ hoch: Mit 10 Prozent pro Jahr liegt unser Land weit vor

Yves Flückiger ist Wirtschaftsprofessor an der Universität Genf und amtiert unter anderem als Vizepräsident der Wettbewerbskommission des Bundes.



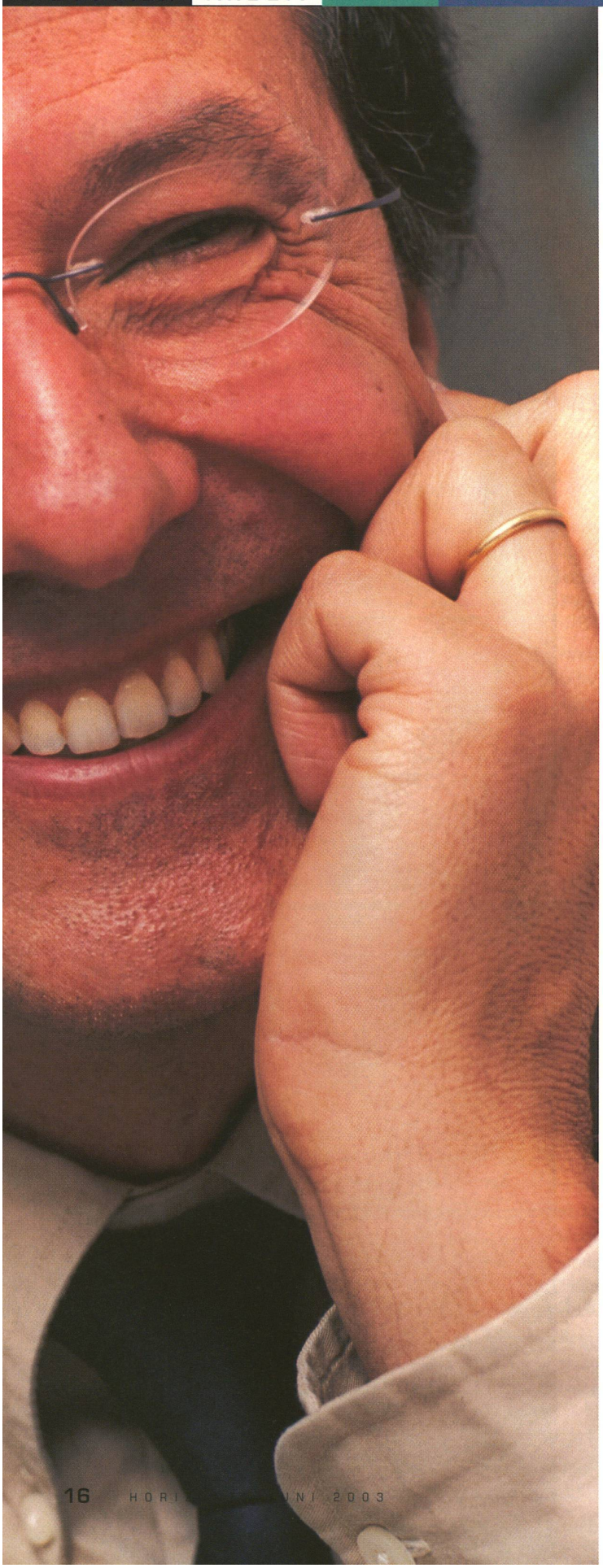
Japan mit 2 Prozent und knapp hinter Kanada und den USA mit 14 bzw. 15 Prozent. Die lebenslange Anstellung bei der gleichen Firma ist ganz offensichtlich kein Modell mehr. Eine kürzlich von uns durchgeführte Studie hat ergeben, dass global tätige Unternehmen in der Schweiz ihre Lohnpolitik kaum mehr nach dem Dienstalter der Angestellten ausrichten, sondern eher nach der anderswo erworbenen Berufserfahrung.

Beweist die hohe Flexibilität nicht, dass sich die Schweiz in der neuen, globalisierten Wirtschaft gut behaupten kann?
Sicher, die Schweiz stellt sich der Situation und passt sich an. Aber sie muss auch auf immer mehr Herausforderungen reagieren. Die Flexibilität verursacht Menschen über 50 Probleme, da diese oft als weniger dynamisch gelten als junge Leute. Die Sozialversicherungen müssen ebenfalls an diese neuen Paradigmen angepasst werden.

Wie sehen Sie denn die Entwicklung der Sozialversicherungen?
Die Sozialversicherungen üben eine wichtige Umverteilungsfunktion aus. Die braucht es weiterhin, und zwar nicht nur um der Gerechtigkeit willen. Umverteilung und Bekämpfung der Ungleichheit sind auch wichtig für ein gesundes Wirtschaftswachstum. Eine Gesellschaft mit grossen sozialen Unterschieden wird weite Teile der Bevölkerung am Zugang zu Ausbildung und Konsum hindern. Es ist sehr wichtig, sich dies in Erinnerung zu rufen, tendiert man doch heute allzu stark dazu, die soziale Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Effizienz gegenüberzustellen. Eine Zweiklassengesellschaft ist nicht im Interesse der Wirtschaft.

Doch ist es auch nicht im Interesse der Bevölkerungsmehrheit, die Sozialversicherungen weiter auszubauen...
Unsere Gesellschaft wird immer älter, das bringt die Versicherungen in finanzielle Schwierigkeiten, die sich nicht abstreiten lassen. Man kann daher nicht einfach mehr Geld verteilen, sondern sollte vielmehr das Problem des Rentenalters angehen. Ich halte ein System des flexiblen Rentenalters für angebracht, das Arbeitnehmern mit sehr anstrengenden Berufen, wie sie zum Beispiel in der Baubranche vorkommen, bereits mit 60 den Ruhestand erlaubt. Umgekehrt sollten jene, die länger arbeiten wollen, dies auch dürfen. Wir brauchen Modelle, welche jene, die auf eine Frühpensionierung angewiesen sind, finanziell nicht benachteiligen. Hier ist Kreativität gefragt; die Finanzierungsquellen der Versicherungen könnte man beispielsweise noch besser nutzen.

Wie das?
Schauen Sie das Modell der Arbeitslosenversicherung an. Die Arbeitslosengelder werden mit Lohnabzügen finanziert. In Zeiten der Arbeitslosigkeit ist dies absurd, da man damit die Unternehmen ermuntert, die Arbeit durch andere Produktionsfaktoren wie etwa Maschinen zu ersetzen. Besonders stossend an diesem System ist, dass die Beiträge mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit ebenfalls angehoben wurden. In einer Zeit, da man die Arbeitskosten hätte senken sollen, wurden diese noch erhöht. Viel angemessener wären Beiträge, die sich auf die Bruttowertschöpfung des Unternehmens – also auf die gesamten Produktionsfaktoren inklusive Kapital – abstützen. Ich finde es zudem bedauerlich, dass eine Ge-



samtvision für Reformen fehlt. Die verschiedenen Versicherungen hängen ja eng miteinander zusammen, wie etwa die Arbeitslosen- und Invalidenzahlen verdeutlichen. In Kantonen mit tiefer Arbeitslosenquote ist die Invaliditätsrate oft auffallend hoch.

Nach neusten Untersuchungen ist der Graben zwischen Reich und Arm in der Schweiz in letzter Zeit nicht grösser geworden. Das tönt erstaunlich.

Die Einkommensunterschiede haben, trotz Rezession und starkem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren, tatsächlich nicht wirklich zugenommen. Sie sind im internationalen Vergleich aber dennoch recht hoch. Auch darf man nicht vergessen, dass die Wirtschaftskrisen in der Schweiz und in Europa in erster Linie zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und weniger zu einer markanten Zunahme der Niedriglöhne führen. Dies im Gegensatz zu den USA, wo das soziale Netz weniger dicht ist.

Wann wird es den Graben zwischen Frauen- und Männerlöhnen nicht mehr geben?

Wenn es so weitergeht wie bisher, werden wir uns bis zur vollen Gleichstellung noch 30 bis 40 Jahre gedulden müssen. Allerdings gibt es schon heute grosse kantonale Unterschiede. Am weitesten fortgeschritten ist die Entwicklung in Genf, gefolgt von Basel-Stadt und Zürich. Allgemein sind die Ungleichheiten aber immer noch beträchtlich und nicht immer objektiv erklärbar. So wird Frauen nachgesagt, dass sie dem Arbeitsplatz häufiger fernbleiben, was ein reines Vorurteil ist.

Wo sehen Sie die künftigen Herausforderungen, die sich mit den Veränderungen im Arbeitsmarkt stellen?

Vor allem im System der sozialen Sicherheit, das auf Vollzeitbeschäftigung basiert und sich nicht eignet für eine zunehmend flexiblere Arbeitswelt. Auch die Arbeitsmarktpolitik, etwa im Bereich der Weiterbildung oder Migrationspolitik, steht vor grossen Herausforderungen. Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, das sich selbst nicht als solches wahrnehmen will. Darum gibt es bisher keine Integrationspolitik, die diesen Namen verdient.

Wo ist die Forschung in diesem Prozess besonders gefragt?

Ein wichtiger Bereich ist die ganze Umverteilungspolitik. In der föderalistischen Schweiz mit ihren aufgesplitterten Sozialsystemen gibt es kein klares Konzept dafür, wer unterstützt wird und wie viel die Leute erhalten. Man weiss auch nicht, ob die Hilfe überhaupt wirksam ist. Ebenfalls von der Forschung untersucht werden sollte die Frage, ob unser Steuersystem nicht eine Art Armutsfalle darstellt. Um Armuts- und Notsituationen analysieren zu können, müssten zudem die Lebensgeschichten der Leute noch mehr in den Blickpunkt rücken. ■

*Die Aussage stammt aus dem zurzeit aktualisierten «Sozialbericht 2000» des SPP «Zukunft Schweiz». Informationen dazu und zu den ins Interview eingeflossenen Studien von Y. Flückiger (diverse), A.Sousa-Poza (Arbeitsplatzstabilität, Löhne), H.P. Stamm u.a. (soziale Ungleichheit) finden sich unter www.snf.ch/downloads/ho57_studien.pdf